



Einladung zur Amnesty-International-Mahnwache zum Tag

Die Amnesty-Gruppe Hagen lädt ein zur **Mahnwache anlässlich des Tages der Menschenrechte.**

Freitag, 8. Dezember, 17 Uhr, Elberfelder Str. / Nähe Kaufhof

Traditionell wird der **Tag der Menschenrechte** am 10. Dezember gefeiert, dem Gedenktag zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 in New York durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Mit Fackeln gedenkt Amnesty-Hagen der Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Die Gruppe informiert über willkürliche Haft, unfaire Gerichtsverfahren, Folter, Todesstrafe und "Verschwindenlassen" - und zeigt, was sie dagegen unternimmt. Etwa jeden Monat verschicken ca. 150 Gruppenmitglieder über 300 Briefe, teils per Einschreiben und Rückschein, also mehr als 3000 Briefe pro Jahr. Die Mitglieder erhalten auch **Antworten**, zuletzt aus Chile, Australien, Russland, Weißrussland, Nigeria, Mexiko, Israel, Kasachstan und Ukraine.

Die besten Antworten sind **Freilassungen**:

3 Oppositionsführer in Gambia wurden freigelassen, nachdem der ehemalige Präsident seine Wahlniederlage anerkannte und abtrat. **Amadou Sanneh** sagte: „Die Bemühungen von Amnesty haben sie daran gehindert, Schlimmeres zu tun. Dafür bin ich sehr dankbar. Alle Menschen, die ins Gefängnis gesteckt wurden, wissen die Arbeit von Amnesty sehr zu schätzen.“

der glückliche **Amadou Sanneh** nach seiner Freilassung

2 Menschenleben im Iran gerettet: Die beiden Jungen **Salar Shadizadi und Hamid Ahmadi** waren im Alter von 15 J. zum Tode verurteilt worden. In letzter Minute wurde die bevorstehende Hinrichtung abgesagt - nach 10 Jahren Gefängnis.

die Iraner **Salar Shadizadi und Hamid Ahmadi**

Iran: Wir sind weiter sehr besorgt über das Schicksal der Menschenrechtsverteidigerin **Narges Mohammadi**. In einem unfairen Gerichtsverfahren im April 2016 wurde sie für schuldig befunden und zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Anklage lautete auf "Gründung einer verbotenen Gruppe" und "Verbreitung von Propaganda gegen das System". Sie verbüßt bereits eine sechsjährige Haftstrafe, die in einem anderen Verfahren gegen sie verhängt wurde. Die Schuldsprüche stehen in Zusammenhang mit ihrer gewaltlosen Menschenrechtsarbeit. Sie beendete im Juli ihren Hungerstreik, nachdem sie die Erlaubnis erhielt, mit ihren neunjährigen Zwillingen zu telefonieren. Sie ist schwer krank. Sie benötigt andauernd fachärztliche Behandlung, die im Gefängnis nicht möglich ist.

Türkei: In Solidarität mit Menschenrechtlern und Journalisten in türkischen Gefängnissen haben wir in Hagen demonstriert. Mittlerweile sind Idil Eser, Peter Steudtner, Kadri Gürsel und wenige andere freigelassen worden. Aber Hunderte schmachten weiter im Gefängnis, auch sind die Prozesse der Freigelassenen noch nicht abgeschlossen.

Türkei: Heute setzten wir uns besonders für die Journalistin und Herausgeberin der Nachrichtenagentur JINHA **Zehra Doğan** ein. Sie wurde von einem Gericht am 3. März 2017 zwar von der Anklage der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ freigesprochen, aber verurteilt wegen „Propaganda für eine terroristische Organisation“ auf der Basis ihrer Mitteilungen in den sozialen Medien, von denen keine eine Anstachelung zur Gewalt enthielt. Zehra Doğan wurde zu 2 Jahren, 9 Monaten und 22 Tagen Gefängnis verurteilt.

Eren Keskin setzt sich seit vielen Jahren als Anwältin für Frauen und die kurdische Minderheit ein. Immer wieder drohen ihr Gefängnisstrafen. Wir fordern, dass Erin Keskin ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen kann. Wir schreiben Protestbriefe an den Justizminister der Türkei.

Belutschistan (Pakistan): Der Menschenrechtsverteidiger **Wahid Baloch** war nach einer Festnahme durch Angehörige der pakistanischen Sicherheitskräfte „verschwunden“. Er war in großer Gefahr, gefoltert, misshandelt und getötet zu werden. Die Hagener Amnesty-Gruppe hatte Briefe an die pakistanischen Behörden geschrieben und eine Unterschriftenaktion gestartet. Glücklicherweise konnte er nach ½ J. unversehrt nach Hause zurückkehren.

Heute setzten wir uns besonders für **Zakir Majeed Baloch** ein. Er wurde von Pakistans Geheimdienst entführt. Seit dem 8. Juni 2009 ist der 27jährige studentische Aktivist (BSO-Azad) verschwunden. Er hatte an der Lasbela Universität für Landwirtschaft, Wasser- und Meereswissenschaften studiert. Wahid Baloch wurde Augenzeuge der Entführung.

Kirgistan: **Azimjan Askarov** wird hier auch dieses Jahr wieder vorgestellt: Er hat Misshandlungen durch die kirgisische Polizei dokumentiert. Deshalb wurde er 2010 festgenommen und hat eine lebenslange Haftstrafe erhalten. In der Untersuchungshaft wurde er selbst misshandelt. Zusammen mit der UN-Menschenrechtskommission fordern wir seine Freizulassung und unabhängige Untersuchungen der Foltervorwürfe. Das Gericht hat uns geantwortet, er sei an der Ermordung eines Polizisten beteiligt, dazu wurden aber keine Beweise vorgelegt, und seine Verteidiger durften keine Zeugen vorladen.

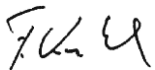
Palästina: **Wassernöte**: Der stark eingeschränkte Zugang zu sauberem Wasser ist für Palästinenser weiter ein Problem, das Teil der diskriminierenden Praktiken Israels ist. Der Zugang für Palästinenser wird durch israelische Militärverordnungen auf ein Maß beschränkt, das die Bedürfnisse nicht zu decken vermag. Die Besatzungsmacht hat die Palästinenser enteignet.

Kamerun: Der Student **Fomusoh Ivo Feh** wurde am 2. November 2016 zu zehn Jahren Haft verurteilt, weil er sich in einer SMS an einen Freund über die bewaffnete Gruppe Boko Haram lustig gemacht hatte. Fomusoh Ivo Feh, kurz Ivo genannt, wollte gerade sein Studium beginnen, als er im Dezember 2014 festgenommen wurde.

China: Der Menschenrechtler und Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo verstarb im Juli dieses Jahres unter unwürdigen Verhältnissen im Gefängniskrankenhaus. Seine kranke Frau Liu Xia, hier bei der Übergabe der Urne ihres Mannes, wurde so abgeschirmt, dass sie keinen Kontakt zur Außenwelt aufnehmen kann.

Syrien: Luftaufnahme des nördlich von der syrischen Hauptstadt Damaskus gelegenen Saydnaya-Gefängnisses
Nach Schätzungen des Amnesty-Berichts sind seit 2011 in den Gefängnissen der syrischen Regierung 17.723 Menschen ums Leben gekommen. Anhand der Aussagen von 65 Folter-Überlebenden wurde das erschreckende Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen in den Haftanstalten der syrischen Geheimdienste und der syrischen Regierung dokumentiert. Vermeintliche Oppositionelle laufen Gefahr, jederzeit von syrischen Sicherheitskräften festgenommen und gefoltert zu werden. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, die Opfer brauchen medizinische und psychologische Versorgung. In dem Militärgefängnis Saydnaya machen katastrophale Haftbedingungen, Hunger und systematische Folter machen dieses Gefängnis zu einer regelrechten Hölle für seine Insassen.

Amnesty International wendet sich in allen Fällen ausnahmslos gegen die Todesstrafe, ungeachtet der Schwere und der Umstände einer Tat, der Schuld, Unschuld oder besonderen Eigenschaften des Verurteilten, oder der vom Staat gewählten Hinrichtungsmethode, da sie das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschriebene Recht auf Leben verletzt und die grausamste, unmenschlichste und erniedrigendste aller Strafen darstellt.



(presserechtlich verantwortlich Friedhelm Kuhl,
einer der Mitbegründer der Hagener Amnesty-Gruppe)